Heft 12-2026 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz





Mark Seeger/Marvin Hopp: Klare Kante reicht nicht

Christian Hoßbach: Was könn(t)en Arbeiterkammern?

Beiträge u.a. von Ulrike Eifler, Ingar Solty, Mario Keßler, Torsten Teichert, Heinz Bierbaum/Michael Brie, Alban Werner, Michael R. Krätke, Steffen Lehndorff, C.-J. Göpfert



Die Linke

Forum Gewerkschaften

It's the Oligarchy, stupid!

Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website www.Sozialismus.de. mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent*innen und Spenden. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Koalitionsverhandlungen in Berlin: Milliardendefizit

Die Linke in Berlin ist seit der Wahl in den Schlagzeilen, wenn auch als Objekt einer unsäglichen Skandalisierung. Trotz der Medienhetze werden die Koalitionsverhandlungen in Berlin fortgesetzt. Die nächste Hürde für Rot-Grün-Rot ist die Einigung über die Finanzierung. Nach einem Kassensturz, der eine Analyse des Haushaltsdefizits umfasst, muss über die Konsequenzen für den kommenden Haushalt beraten werden. [...]

Hubertus Heil und die erschöpfte SPD

Der langjährige Parteifunktionär hat seine Kandidatur für den Parteivorsitz angekündet. Er forderte, die SPD benötige ein »stärkeres Team«. Allerdings hat er stets die Mehrheitslinie repräsentiert und steht nicht für einen Aufbruch oder Neuanfang. [...]

Fünftes Plenum der KP Chinas

Die veröffentlichten Ergebnisse der Plenartagung des Zentralkommitees enthalten eine lange Liste von personellen Veränderungen. Das Plenum bestätigte den Ausschluss von dutzenden hohen KP-Funktionären wegen Korruption. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 12 | Dezember 2026 | 53. Jahrgang | Heft Nr. 522

Weichenstellungen, Bewegungen, Unbeweglichkeit

Redaktion Sozialismus.de: Lehrbeispiel für »Aktionärsdemokratie« 2

Ingar Solty: Trumps Kapitalismus und Sanders' Kinder
Bilanz der US-Zwischenwahl 2026 4

Mario Keßler: Die USA in Bewegung
Trumps erodierende Welt und unsere Pflicht zur Hoffnung 11

Joachim Bischoff: Antifaschistische Wirtschaftspolitik
Über die politische Bedeutung der Bezahlbarkeit des Alltagslebens 16

Bernhard Sander: Frankreich: »Systemrevolution« oder »Causes communs« ... 21

Björn Radke: COP31: Mehr Schatten als Licht 27

Krise der Berliner Republik?

Bernhard Müller: Wohlstandsverluste und die Zerstörung der Demokratie 30

Torsten Teichert: Die verborgenen 198 Milliarden
Oder: Weiß eigentlich noch jemand, wieviel die Bundesregierung ausgibt? 36

Wiedergeborene Partei Die Linke?

Heinz Bierbaum/Michael Brie: Die Linke als hegemoniefähige Partei? 39

Alban Werner: Wachsende Zweifel an der Ernsthaftigkeit der wiedergeborenen Linken. Eine Auseinandersetzung anhand Nordrhein-Westfalens 42

Forum Gewerkschaften

Mark Seeger/Marvin Hopp: Klare Kante reicht nicht. Gegen den Rechtsruck braucht es eine Erneuerung gewerkschaftlicher Betriebspolitik 47

Christian Hoßbach: Was könn(t)en Arbeitskammern? 51

Engagiertes Theater

Claus-Jürgen Göpfert: »Was ist das, was in uns lügt, mordet und stiehlt?«
Spielvogel erzählt von den offenen Wunden der bürgerlichen Gesellschaft 55

Rückblicke

Michael R. Krätke: Das Feuer weitergetragen
Erinnerung an Michael Buckmiller 58

Steffen Lehndorf: New Deal – Regierungspolitik und
soziale Bewegungen Hand in Hand 61

Buchbesprechung

Ulrike Eifler: Die Frage ist nicht, ob die alte Welt stirbt, sondern wie die neue aussieht. Zum neuen Buch von Peter Mertens 64

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 67
Veranstaltungshinweise 68
Hasko Hüning: Heimsuchung – eine Jahrhundertgeschichte (Filmkritik) 69

Supplement

Heinz Bierbaum/Reiner Braun (Hrsg.)
Frieden in Europa! Eine Aufforderung zum Dialog mit Russland

Wachsende Zweifel an der Ernsthaftigkeit der wiedergeborenen Linken

Eine Auseinandersetzung anhand Nordrhein-Westfalens

von ■ Alban Werner

Worum es (nicht) geht

Die bereits totgeglaubte Partei Die Linke wurde ab Ende 2024 gerettet durch einen unerwarteten Zustrom vieler Wähler*innen und neuer Mitglieder. Von den heute über 120.000 Mitgliedern der Partei sind über die Hälfte erst ab 2024 eingetreten. Was diese faktische Neugründung der Partei von unten politisch bedeuten würde, war lange nicht abzusehen. Die heutige Welt mit ihren radikalen Umbrüchen, Krisen und Erschütterungen sowie der Leidens- und Handlungsdruck, die sie bewirken nehmen jedoch keine Rücksicht auf die (Neu-Er-)Findungsphase der Linken. Die Neuaufstellung der Linken muss sich danach beurteilen lassen, ob bzw. wie sehr sie geeignet ist, die Handlungs-, Strategie- und Hegemoniefähigkeit der Partei unter den widrigen heutigen gesellschaftlichen Umständen auszubauen, mindestens aber zu stabilisieren, hoffentlich jedoch nicht zu schwächen.

Im Lichte dieser Anforderungen muss man den größten Landesverband der Linken in Nordrhein-Westfalen für seine Vorbereitung der dortigen Landtagswahl am 25. April 2027 massiv kritisieren. Es geht hier dezidiert *nicht* um die Frage, ob diese Aufstellung für den *Wahlkampf* vor- oder nachteilhaft sein wird. Diese Frage wäre falsch gestellt, denn in Nordrhein-Westfalen ist Die Linke, wie auch in den anderen westlichen Bundesländern, weiterhin vor allem vom Bundestrend der Partei abhängig. Zwar hat die West-Linke sukzessive die Lücke zum Bundestrend, die sich (siehe Abbildung 1) in 2025 geöffnet hatte, wieder geschlossen. Dass sie nie über diesen hinausging, bezeugt, dass sie über eine vom Bundestrend unter-



Foto: flickr/Die Linke NRW

scheidbare, eigenständige politische Substanz, von der sie zehren könnte, noch immer nicht verfügt.

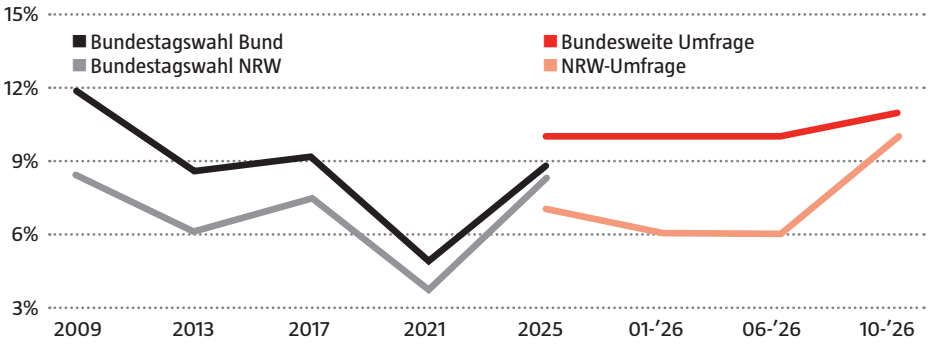
Hier soll es nicht um die Frage gehen, wie man am besten in den Landtag kommt, sondern darum, welche Aufgaben man dort zu bewältigen hat; was man dort eigentlich erreichen kann und möchte; und wie man sich aufzustellen hat, wenn man die eigenen Ziele, für die man um ein Mandat der Wähler*innen wirbt, ernst nimmt. Schließlich geht es darum, was es für die Zukunft insgesamt bedeutete, wenn die Tendenzen, die sich in der Vorbereitung auf die Landtagswahl bei der NRW-Linken zeigen, für die Gesamtpartei repräsentativ sein sollten.

Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Linken in Nordrhein-Westfalen

An der Ernsthaftigkeit, mit der Die Linke NRW ihre Ziele formuliert und verfolgt, sind grundlegende Zweifel kaum mehr zu vermeiden. Beim Programmparteitag am 19./20. September wurde ein Papier verabschiedet, das durch weitgehende Übernahme vorliegender Änderungsanträge kaum noch einen Fokus erkennen lässt. Ein Schwerpunktwahlkampf ist in der Folge nur noch aus einer gewissen Distanz zum Programm möglich. Noch schwerwiegender wiegt allerdings die Zusammensetzung der Reserveliste zur Landtagswahl, insbesondere auf den aussichtsreichen Plätzen. Zwar sahen im Herbst manche Umfragen Die Linke NRW zwischen sieben und zehn Prozent, wodurch je nach Größe des Landtags durch Überhang- und Ausgleichsmandate bis zu 20 Sitze herausspringen könnten.[1] Doch Erfahrungen bei jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mahnen zur Vorsicht: Diese Werte können so schnell wieder abschmelzen, dass grundsätzlich insbesondere die vorderen Listenplätze mit besonderer Sorgfalt auszuwählen sind.

Davon kann jedoch in Nordrhein-Westfalen keine Rede sein. Die Landesvertreter*innenversammlung der NRW-Linken Mitte Oktober in Hagen wählte auf die ersten zehn Listenplätze eine Zusammensetzung, die nach keinem plausiblen Kriterium befriedigt, vor allem

Abb. 1: Wahlergebnisse und Prognosen die LINKE bundesweit und NRW, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

nicht, wenn das Ziel darin besteht, die politische Handlungsebene der Landespolitik ernsthaft zu nutzen, um ein Maximum linker Ziele durchzusetzen.

Sachebene: Auf welche drängenden Probleme im Bundesland muss man linke Antworten geben? Wenn der eigene Anspruch noch radikaler ausfällt: Welche Themen will man auf die politische Tagesordnung setzen, damit auch die herrschenden politischen Kräfte sich dazu verhalten müssen. Im Industrieland NRW ist die Frage von Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen von überragender Bedeutung. Zentral ist auch die Frage der Energiewende. Nordrhein-Westfalen wollte nicht erst 2038, sondern bereits 2030 den Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier vollziehen und bis 2045 Klimaneutralität erreichen. Da das Bundesland ein Viertel des bundesweiten Stromverbrauchs sowie knapp ein Drittel des Gasverbrauchs stellt, hat diese Herausforderung Ausstrahlungskraft für das ganze Land. Dies, neben vielen anderen Problemen, bildet die Landesliste jedoch nicht ab.

Kompetenzen: Was kann und muss ein Landtag überhaupt selbstständig entscheiden? Die Frage der Staatsfinanzen steht auf jeder politischen Handlungsebene unvermeidlich in Zentrum, von der Kommune bis Europa. Man wird sich nicht auf gleichfarbige politische Mehrheiten verlassen können, insbesondere nicht im Bund. Dass eine Bundesregierung etwa in nächster Zeit das Steuerkonzept der Linken beschließt und in der Folge die finanziellen Spielräume der Länder vergrößert, ist extrem unwahrscheinlich. Für Linke im Land ist das Thema Wohnen zentral, da seit der Föderalismusreform 2006 die Länder für den sozialen Wohnungsbau zuständig sind und ein Ausbau kommunaler Wohnungsbaugesellschaften unvermeidlich über die Landesebene angeschoben werden muss. Finanzen sind aber auf den aussichtsreichen Listenplätzen ebenso wenig vertreten wie Wohnen, Energie, Verkehr, Wissenschaft oder Justiz.

Regionalproporz: Bei einem Flächenland, insbesondere bei einem historisch aus der »Operation Marriage« entstandenen Kunstprodukt wie NRW hat die Vertretung der verschiedenen Landesteile besondere Bedeutung. Andernfalls drohten wichtige Probleme und Anliegen, die aus unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten folgen, unzureichend berücksichtigt zu werden. Demgegenüber sind auf den ersten zehn Listenplätzen der Landesliste nur Kandidat*innen aus Großstädten vertreten, aus der Region Ostwestfalen gar niemand. Erst ab Platz 11 tauchen überhaupt erst Landkreise auf.

Ausstrahlung: Im günstigeren Fall können Kandidaturen auf Listen ein besonderes Signal aussenden. Durch besonders bekannte und/oder glaubwürdige Persönlichkeiten können bestimmte Anliegen besser sichtbar auf die Tagesordnung der Landespolitik gesetzt werden – nicht nur im Wahlkampf, sondern darüber hinaus. Ein solches Alleinstellungsmerkmal hat die gewählte Landesliste nicht.

Alban Werner ist Mitglied der Partei Die Linke in Köln, er arbeitet mit in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST).

[1] www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm (November 2026).

Die reale Gefahr, mit leeren Händen dazustehen

Solche naheliegenden Kriterien spielten bei der Listenaufstellung scheinbar keine Rolle. Genau so wenig, ob die Kandidat*innen Erfolge vorweisen konnten, die bei der Linken viele Gesichter haben können: Wer hat erfolgreich Sozialkürzungen in Stadt- oder Kreishaushalt gestoppt? Wer hat viele Unterschriften gegen Mietwucher, für eine Gesamtschule oder gegen eine Entwaldung gesammelt? Wer hat eine vormals kaum organisierte Belegschaft in einen erfolgreichen Streik geführt? Wer hat eine bislang kaum erreichte soziale Klientel für Die Linke gewonnen (Auszubildende, Russlanddeutsche, Logistikarbeiter*innen u.ä.)?

Die Frage der Sach- und Politikkompetenz und die vorzeigbaren Erfolge sind eben *kein* Anliegen nur derjenigen, die vorschnell als »gemäßigt« abgetan werden. Gerade wer die Gesellschaft nicht bloß verwalten oder nur überschaubar und kleinschrittig reformieren, sondern sie sozialistisch transformieren will, muss alle Möglichkeiten nutzen, die der »bürgerliche« Parlamentarismus bietet. Ganz zentral muss die Regierung kontrolliert, kritisiert und mit linken Alternativen konfrontiert werden. Die wichtigen Bündnispartner*innen der Linken in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft erwarten zu Recht, dass Die Linke jeden in der Vergangenheit erkämpften sozialen Fortschritt mit Nachdruck verteidigt und für jeden Millimeter weiteren Fortschritt streitet. Dies tun sie auch und gerade unter den erschwerten Bedingungen, die der heutige Krisenkapitalismus der Partei vor die Tür stellt. Wie dies ohne entsprechend ausgewähltes Personaltableau geschehen soll, bleibt völlig unklar.

Unplausibel ist auch, auf die Besetzung der hauptamtlichen Mitarbeitendenstäbe zu verweisen, denn diese können keinesfalls in allen wichtigen Situationen (in kurzfristig angesetzten Hintergrundverhandlungen, in Anhörungen mit Sachverständigen, im Gespräch mit hartnäckigen, gut informierten Journalist*innen u.v.a.) die Kompetenzlücke füllen. Käme es – in der heutigen, unvorhersehbaren Krisenzeit durchaus denkbar – nach der Landtagswahl unverhofft zu einer Konstellation, in der es auf ihre Landtagsstimmen ankäme, wäre Die Linke hinter den Kulissen bei vielen Themen womöglich gar nicht verhandlungsfähig: Eine verpasste Chance zur Durchsetzung linker Inhalte mit Ansage.

Bislang hat niemand auch nur im Ansatz eine Strategie vorlegen können, wie die demokratisch-sozialistische Transformation, die sich Die Linke auf die rote Fahne schreibt, ohne kompetente Ausnutzung aller parlamentarischen Möglichkeiten möglich sein sollte. Zusätzlich gemahnt die Gefahr durch die in Teilen faschistische, radikale Rechte, dass auch hierzulande ein Rückfall gegen die (wie auch immer unzureichenden) Errungenschaften »bürgerlicher«, sozialstaatlicher Demokratie nicht unmöglich ist.

Aufstellung zur Landtagswahl im »Organisationstrilemma«

Wie konnte das geschehen? Ich sehe zwei Erklärungen dafür, warum Die Linke eine so unbefriedigende Aufstellung vor der Landtagswahl vollzog. Die erste ist *optimistisch*: Die Vorentscheidung der NRW-Linken sind Ausdruck einer Partei mit Wachstumsschmerzen. Mitglieder des Landesvorstands berichteten verschiedentlich, wie das Gremium von den massiven Eintrittswellen neuer Mitglieder geradezu überwältigt wurde, und dass eine stärker koordinierte und disziplinierte Vorbereitung nicht zu stemmen war. Die Linke als eine in Wiedergeburt befindliche Partei wäre demnach betroffen vom *Organisationstrilemma*.

Dem Politologen Helmut Wiesenthal zufolge können Mitgliedsverbände, zu denen auch politische Parteien zählen, von drei wichtigen Organisationsproblemen selten alle gleichzeitig lösen:[2] Erstens die Rekrutierung und Einbindung neuer Mitglieder, die erreicht werden muss gegen den Anreiz des Trittbrettfahrens, d.h. des Einstreichens von Erfolgen ohne eigenes Zutun; zweitens die Schwierigkeit, aus einer heterogenen Mitgliedschaft einen Kollektivwillen he-

VSA: Armut? Abschaffen!

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Joachim Rock
Armut? Abschaffen!
Warum wir sie nicht länger hinnehmen müssen
Fakten, Hintergründe, Vorschläge
192 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-249-3

Armut ist mitten unter uns, sie wächst und die Armen werden immer ärmer. In einem der reichsten Länder der Welt ist sie für immer mehr Menschen ein riesiges Problem. Um das zu ändern, müssen die Fakten ungeschminkt auf den Tisch. Eine Gesellschaft frei von Armut ist möglich und dringend erforderlich. Joachim Rock liefert Fakten, klärt Zusammenhänge auf und macht konkrete Alternativen deutlich.

rauszuarbeiten, der Handlungsfähigkeit ermöglicht und mit dem sich zugleich die allermeisten Mitstreiter*innen identifizieren können; drittens der mögliche Konflikt zwischen der Logik der Repräsentation der Mitgliedschaft nach innen und außen mit der Logik der Zielerreichung, in der es unvermeidlich um Hierarchisierungen oder Aufschub von Zielen, Zugeständnisse, Kompromisse und äußere Rücksichtnahmen gehen muss.

Unschwer erkennbar passt dieses Schema recht genau auf die Konstellation vor der Landtagswahl: Einen kohärenten Kollektivwillen im Landtagswahlprogramm abzubilden hätte erfordert, dass mehr Antragsteller*innen zurückstecken müssen, also nicht alle Anliegen sich dort für alle zufriedenstellend wiederfinden. Die Zusammensetzung der Landesliste auf den aussichtsreicheren Plätzen folgt fast ausschließlich der Logik der Repräsentation (allerdings nur der großstädtischen Kreisverbände westlich Ostwestfalens), nicht der Logik der Zielerreichung. Einzig die Rekrutierung und Einbindung neuer Mitglieder ist gelungen.

Diese Erklärung ist »optimistisch«, weil die großen Eintrittswellen in Die Linke aktuell stagnieren und die Partei bei einem späteren Wahlgang besser vorbereitet sein wird. An mildernden Umständen ist zuzugestehen, dass seit Gründungsphase der Linken kein Landesvorstand mit einer vergleichbaren Herausforderung konfrontiert war. Beim Hagener Listenparteitag kandidierten fast 100 Mitglieder. Mildernd ist auch geltend zu machen, dass von Kreisverbänden nicht erwartet werden kann, Verantwortung für die Gesamtliste zu übernehmen. Sie wollen verständlicherweise »ihre Kandidat*innen durchbringen«. Die thematisch sinnvolle Besetzung der Liste ist aus ihrer Lage nicht entscheidbar. Dazu hätte es eine Art von Vorselektion vor dem Listenparteitag geben müssen, für die nur drei Instanzen infrage kommen: der Landesvorstand, die thematischen Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) und die Richtungszusammenschlüsse, also Strömungen. Die LAGs sind dafür nicht einflussreich genug, die Strömungen hatten bereits vor Verdopplung der Parteimitgliedschaft erheblich an Bedeutung eingebüßt.

Für einen Landesvorstand wiederum ist es politisch prekär, ein Verfahren zur Vorbereitung einer geeigneten Landesliste zu beschließen, weil traditioneller- und durchaus sinnvollerweise Landesvorstandsmitglieder für diese Liste kandidieren. Es entsteht dann möglicherweise ein Interessenkonflikt, weil nicht derjenige über die Regeln entscheiden sollte, der womöglich am stärksten davon profitiert. Ich mache mir selbst den Vorwurf, dieses Problem nicht vorgesehen und dann folgerichtig einen Antrag für ein entsprechendes Verfahren beim Landesrat (»Kleiner Parteitag«) gestellt zu haben, weil dort der Interessenskonflikt nicht besteht; insofern bin ich für das von mir kritisierte Ergebnis mitverantwortlich.

Is it a jump to the left?

Die *pessimistische* Erklärung sieht in der Aufstellung der NRW-Linken zur Landtagswahl kein Übergangsproblem, das durch bessere organisatorische Vorbereitung und größere Bereitschaft zum inneren Konflikt um den thematischen Fokus im Programm und auf der Landesliste vermeidbar gewesen wäre. Pessimistisch betrachtet ist die Landesliste nicht Ergebnis eines Collective Action-Problems, sondern bildet getreu den größten gemeinsamen Nenner der Linken und ihr mehrheitliches Politikverständnis in der veränderten Zusammensetzung der Partei ab. Es wäre ein Missverständnis, von einem »Linksrutsch« zu sprechen. Das zeigen mehrere Orientierungen, die auf den und um die Landesparteitage deutlich wurden.

Betroffenheit: Applaus und Zustimmung versprach anstatt sachlicher Kompetenz das Merkmal, von einer Benachteiligung, einem schwierigen sozialen Hintergrund, Erkrankung, Schicksalsschlägen oder Diskriminierung betroffen zu sein. Als Kriterium zur Besetzung wichtiger Posten ist Betroffenheit aber untauglich. Nicht nur ist die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung voll von Beispielen für Leitfiguren, die trotz sozial benachteiligter Herkunft am Ende eine Politik im Sinne der Herrschenden betrieben (Gerhard Schröder, Pierre Mauroy, James Callaghan, Paul Keating, John Prescott) wie solchen, die trotz ihrer sozial bessergestellten Herkunft gerade für die Ausgebeuteten kämpften (Karl Marx und Friedrich Engels, Léon Blum, Rosa Luxemburg, Michael Foot, Jeremy Corbyn). Betroffenheit alleine verleiht nicht die Kompetenz für bestimmte Sachfragen. Wer in Armut aufwächst, wird wahrscheinlich zur Expert*in für Armutsbewältigung im Alltag. Das ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Wissen darüber, wie Armut strukturell entsteht, sich ausbreitet oder welche politischen Antworten darauf geeignet sind. Wer betroffen ist, sollte gehört werden. Wie Gesellschaft sozialistisch transformiert oder gesteuert werden kann, lässt sich daraus aber nicht ableiten.

Rhetorische Performance/Mediale Sichtbarkeit: Die Parteitage wurden durch Bewerbungen und selbstdarstellerische Clips und Posts in sozialen Medien vorbereitet. Nun ist die kompetente Nutzung sozialer Medien in der Politik heute unvermeidlich. Was die Menschen über die Welt wissen, wissen sie aus den Massenmedien (Niklas Luhmann), und dazu gehört Social Media. Die Gewichtung der medialen Performance vor dem und der rhetorischen Performance auf dem Parteitag zeigt aber eine krasse Übergewichtung. Rhetorik und Selbstdarstellung, soweit sie der Vermittlung linker Positionen dienen, sind auch in einem Landtag unverzichtbar. Der Großteil der parlamentarischen Arbeit findet jedoch auf der politischen »Hinterbühne« statt. Letztere so stark zu vernachlässigen führt in einen problematischen Kreislauf »politischer Ersatzhandlungen«,[3] in dem man vor allem auf die medialen Provokationen des politischen Gegners mit Gegenposts reagiert und damit die eigene politische Blase bespielt, aber politischen Mehrheiten für linke Positionen nicht näher kommt.

Innere Orthodoxie: Derzeit besteht in der Linken die besorgniserregende Ten-

[2] Helmut Wiesenthal: Akteurkompetenz: Das Trilemma strategisch ambitionierter Mitgliederverbände, in: ders.: Rationalität und Organisation, Bd. 1. Akteur- und Organisationstheorie, Wiesbaden, 2019, S. 223-242, hier S. 226ff.

[3] Sebastian Jarzebski: Die Ersatzhandlung. Was politische Kommunikation mit Polarisierung zu tun hat, in: Politikum, 12, Jg., Nr. 3, 2026, S. 68–70.

denz, politische Probleme entlang eines zweifelhaften Klassenantagonismus zu reduzieren. »Es ist die objektive Gemeinsamkeit der Klasse, die den Ausgangspunkt und das Fundament einer klassenzentrierten Politik bildet und den gemeinsamen Gegensatz zur Herrschaft der Kapitalverwertung artikuliert.«[4] Dieser Klassenreduktionismus ist strategisch völlig leer, er verfehlt die konkreten politischen Ansatz- und Eingriffspunkte der kapitalistischen Klassengesellschaft. Ein Arbeiter in der Metall- oder Elektroindustrie muss ob der Veränderungen auf dem Weltmarkt um das Überleben seines Betriebs fürchten und will zugleich gegen die Preissteigerungen eine nominale Lohnerhöhung durchsetzen. Die Beschäftigte im Öffentlichen Dienst oder bei einem Wohlfahrtsverband (größte Arbeitgeber in Deutschland!) muss keinen Arbeitsplatzverlust fürchten, die Aussicht auf Reallohnsteigerung und Arbeitsplatzqualität hängt aber an der Ausstattung der öffentlichen Haushalte. Hinsichtlich Gegnerschaft, Randbedingungen des Konflikts und einer Politik, die ihre Verhandlungsposition unterstützt, unterscheiden sich beide radikal. Dass beide ein »Klassenschicksal« Lohnabhängigkeit teilen, ist als allgemeine Orientierung wertlos.

Äußere Orthodoxie: Nicht zu übersehen war auch der große Einfluss der Landesarbeitsgemeinschaft Palästinasolidarität in der NRW-Linken auf die Listenaufstellung. Die reale Bedeutung des Nahostkonflikts für eine Landtagswahl in NRW rechtfertigt diesen Einfluss jedoch kaum.

… or a step to the right?

Sollten sich die genannten Orientierungen in der Linken in NRW und darüber hinaus durchsetzen, wäre nicht eine noch linkere Linke, sondern eine strukturell politikunfähige Partei die Folge. Die Linke wäre nur noch zur Empörungsverstärkung geeignet, aber völlig unfähig, Mehrheiten, geschweige denn Hegemonie für linke Positionen in der Gesellschaft zu erreichen und gegen Widerstände mächtiger dagegen mobilisierter Interessen durchzusetzen.

An einem, nicht nur für NRW akuten Beispiel soll dies deutlicher werden. In der Linken sind die Gegnerschaft zur massiven militärischen Aufrüstung Konsens. Eine praktische Leerstelle besteht jedoch darin, wie dem Trend im Konkreten begegnet werden kann. In NRW baut Rheinmetall massiv Standorte und Kapazitäten für Produktion und Forschung aus. Weil in den klassischen Industriebranchen Arbeitsplätze abgebaut, Kapazitäten und Standorte geschlossen werden, bleibt Zulieferern, Beschäftigten wie Bürgermeister*innen oft nichts anderes übrig, als sich mit der Rüstungsindustrie als Arbeitgeberin, Gewerbesteuerzahlerin oder Auftraggeberin zu arrangieren. Will Die Linke belastbare Mehrheiten gegen die Aufrüstung gewinnen, muss sie zunehmend nicht nur den Stopp der Aufrüstung, sondern eine realistische Perspektive für Konversion anbieten, die möglichst viele Arbeitsplätze und Standorte erhält. Weil Rüstungsgüter aber außer im Kriegsfalle in der Halle verstauben, müsste linke Politik (oh Schreck!) einen *Markt* finden oder schaffen für das, was die bisherigen Rüstungsbetriebe stattdessen produzieren sollen. Hierzu müsste man Expertise zu Produktion und ihrer Umnutzung, Vermarktung, möglichen Abnehmer*innen, Umschulungen und nicht zuletzt Finanzierungsmodellen mobilisieren. Das, und die nicht bloß scheinradikale Phrase ist die radikale Aufgabe der Linken. Dabei werden weder Betroffenheitsrhetorik, noch Sichtbarkeit in sozialen Medien, noch die orthodoxe Anrufung einer »objektiven Gemeinsamkeit der Klasse« weiterhelfen.

Ob man den genannten Kritikpunkten folgen mag oder nicht: Die Aufstellung der NRW-Linken zur Landtagswahl steht. Sie wurde zweifelsfrei formal korrekt demokratisch diskutiert, beschlossen und ausgewählt. Ein Nachdenken über die Konsequenzen macht das nicht überflüssig. Liegt die Wahrheit eher am hier vorgestellten »optimistischen« Szenario, könnten andere Landesverbände der Linke es anders machen. Liegt sie näher am »pessimistischen« Szenario, sähe es für die Durchsetzungschance linker Positionen düster aus.

Alle Nachwahlbefragungen zeigen, dass die überwältigende Mehrheit der Linke-Wähler*innen von der Partei im Grunde erwartet, eine ordentliche, linksgrün-sozialdemokratische Politik durchzusetzen. Dass sie nicht mehr erwarten, ist nicht verwunderlich – woher denn auch? Bislang kennt die Geschichte keine geglückte (oder nicht durch inneren Militärputsch und/oder externe Militärintervention gestoppte) demokratisch-sozialistische Transformation. Die Erwartungen der Wähler*innen sind die Grundlage, auf der sich auch eine linke Partei bewähren und beweisen muss, die es mit der sozialistischen Transformation ernst meint. Sie muss die Alltagsprobleme der Menschen angehen und ihnen *durch ihre Antwort* Appetit machen auf mehr öffentliches Eigentum, mehr Demokratie in allen Lebensbereichen, auf radikalere Umverteilung von Vermögen, Einkommen und Macht. Eine Politik, die den Alltagsverstand der Leute missachtet oder überspringt, riskiert mittelfristig ein Abgleiten ins Sektierertum. Ein Scheitern der Linken bedeutete aber freie Bahn für eine Verbreiterung, Verschärfung und Konsolidierung des gesellschaftlichen Rechtsrucks.

Die Versuchung, den notwendigen Aufbau von Politik- und Hegemoniefähigkeit zu vernachlässigen, ist stark, weil man sich durch die Dämonisierung im Mainstream von Politik und Presse bestätigt fühlt. Aber dies ist kein zuverlässiger Anzeiger dafür, ob Die Linke der Verwirklichung ihrer Ziele wirklich näher rückt. Die Panik des bürgerlichen Leitartikels *vor* Vergesellschaftung von Grund und Boden ersetzt nicht Konzept und Mehrheiten *für* Vergesellschaftung. Das Selbstverständnis als besonders links oder radikal erübrigt nicht, für linke Mehrheiten gerade die Skeptischen und Zögernden zu überzeugen, geschweige denn diejenigen, die sich von der Politik schon lange nichts mehr erhoffen oder nie erhofft haben. Gerade in NRW, aber auch überall anderswo ist die Herausforderung gigantisch. Eine Partei, die dies nicht ernst nimmt, wird am Ende von politischen Gegner*innen wie von Verbündeten nicht ernst genommen werden.

[4] Michael Brie: Die verbindende Partei ist Geschichte. Was kommt danach?, in: Jacobin Deutschland Webseite, 18.10.2026.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ❒ Russland ❒ Streik ❒ Luxemburg

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie ❒ Russland ❒ Streik ❒ Luxemburg

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

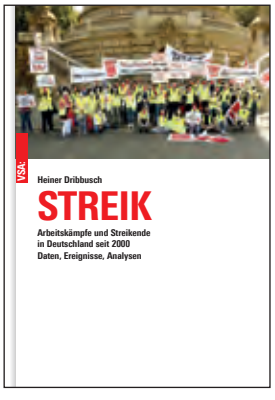
Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!







Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de